

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 22

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lena-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 29. Mai 1920

Anzeigen kosten die schlagzeilene Norm-
paarzeile oder deren Äquivalent 50 Pf.
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Kampforganisation und Unter- stützungseinrichtungen.

Unsere Gewerkschaften sind Kampforganisationen. Sie sind aus dem Not der Zeit geboren, sind durch Sturm und Drang hindurchgeschritten, sie mußten kämpfen für bessere Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, mußten kämpfen um die eigene Existenz, gegen Staatsgewalt und Unternehmertum. Sie haben stets für das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Arbeiterschaft ihre ganze Kraft eingesetzt, aus Niederlagen und Siegen neue Kräfte gezogen und sich heute zu einer Millionenbewegung entwickelt, die keine Staatsgewalt und kein Unternehmer mehr als belanglose Körperschaft abtun darf.

Trotz solcher Vergangenheit ist in manchen Kreisen der Gewerkschaften nie das Geschrei verstummt, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen und nicht Unterstützungvereine sein dürften. Immer wieder tauchte das Schlagwort auf, daß die Unterstützungseinrichtungen außer der Streikunterstützung den Kampfcharakter der Gewerkschaften verwässerten, und immer wieder wurde die Forderung auf Abschaffung genannter Einrichtungen erhoben. Erfolg hatte man damit noch nie. Aber da dies Geschrei in neuerer Zeit wieder mal mehr denn je ertönt und mehr denn je Nachbeter findet, wollen wir auf das Thema wieder einmal in aller Kürze eingehen.

Zu welchem Zwecke wurden feinerzeit die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften eingeführt? Nennen wir zunächst den Nebenzweck, der den „Kampfschritten“ auch heute noch als Hauptgrund dient, um die Unterstützungseinrichtungen in Grund und Boden zu verdammen. Man sah ein, daß man den Arbeitern etwas mehr als allein die Streikunterstützung bieten müsse, um ihr Interesse an der Gewerkschaft zu wecken. Dies geschah durch die Einführung der verschiedenartigen Unterstützungsorten und das war der Nebenzweck; der Hauptzweck aber war der, durch die Einführung der verschiedenartigsten Unterstützungseinrichtungen gerade die Kampfkraft der Organisationen zu verbessern.

Dieser Hauptgrund wird von vielen Gegnern der sogenannten „Verwässerung“ des Kampfcharakters der Verbände völlig außer acht gelassen; und doch sollten gerade diese Kreise ihn in Rechnung stellen und kraft ihrer „besseren“ Ueberzeugung zu werten wissen. Sie sollten endlich begreifen, daß alle Unterstützungseinrichtungen nur Mittel zu dem Zwecke sind, die Kampfkraft der Verbände zu stärken, ihr ein festes Rückgrat zu geben.

Weshalb zählt man Unterstützung auf der Reise und bei Arbeitslosigkeit? Doch lediglich deshalb, um die Widerstandskraft des einzelnen Mitgliedes zu stärken insofern, daß nicht die nackte Not es zwingt, seine Arbeitskraft zu jedem Bettelohn zu verkaufen! Der völlig ausgehungerte Arbeiter, der absolut nichts mehr sein eigen nennt, wird viel leichter geneigt sein, als Lohnbrücker oder Streikbrecher aufzutreten, als jener Arbeiter, der sich immer noch mit Hilfe der Gewerkschaftsunterstützung, notdürftig durchzuhungern weiß. Wenn heute der Staat gleichfalls Arbeitslosenunterstützung zählt gegen den Willen des Unternehmertums, so könnte vielleicht erwogen werden, diese Unterstützungsort in den Gewerkschaften abzubauen; davon rät aber die Erkenntnis ab, daß die gewerkschaftliche Zubuß zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung den Arbeitern sehr erwünscht ist, und daß keiner wissen kann, wie lange und in welcher Höhe überhaupt die Staatsunterstützung noch gewährt werden wird. Die Ansicht, daß der Staat den Arbeitslosen zu helfen hat, ist an und für sich richtig; aber mit dieser Ansicht allein ist kein Mensch sattzumachen, und selbst vorausgesetzt, daß der Staat die Reichsarbeitslosenunterstützung auch in Zukunft fortgewährt, so wird doch, da sie naturgemäß immer unzulänglich bleiben wird, der Zuschuß durch die Gewerkschaft von jedem in Not Geratenen begrüßt werden. Wir wiederholen, daß die Arbeitslosen- und die Reiseunterstützung die Widerstands- und Kampfkraft des einzelnen fördert und damit ein wichtiges

Mittel darstellt, um die Kampfkraft der Gewerkschaft überhaupt zu stärken.

Weshalb liegt es bei der Umzugs-, etwas anders bei der Kranken- und Hinterbliebenenunterstützung. Die Umzugsunterstützung unterstügt das Recht der Freizügigkeit des Arbeiters in wirkungsvoller Weise und er kommt durch deren Bezug nicht so leicht in die Verlegenheit an der Scholle festzubleiben und billiger arbeiten zu müssen. Auch durch die Umzugsunterstützung wird die Kampfkraft der Gewerkschaften gestärkt, sie schafft dem einzelnen bessere Bewegungsfreiheit und verhindert damit durch Not erzeugte Lohnbrückererei.

Bei der Krankenunterstützung liegt es etwas anders. Der Kranke ist während der Krankheitsdauer vom Arbeitsmarkt abgeschieden, er kommt zunächst hierfür als einwirkender Faktor nicht in Betracht. Aber bedarf nicht gerade der Kranke (vor allem angesichts der unzulänglichen Krankenunterstützung durch Orts- und andere Krankenkassen) erhöhter Unterstützung und größerer Pflege als der Gesunde? Wird sich nicht jeder Arbeiter in gesunden Tagen dankbar jener Krankheitszeit erinnern, als ihm die Gewerkschaft helfend beistand und dadurch seine Lebenszeit linderte und abkürzte half? Und wird nicht deshalb jeder um so inniger der Gewerkschaft anhängen und deren Ziel stützen und kommt dies nicht wiederum der Stärkung des Kampfcharakters der Gewerkschaft zugute? Und selbst die Hinterbliebenenunterstützung enthält ein werbendes Moment: Sie weist die Hinterbliebenen zeitig auf den Nutzen des Verbandes hin, gibt vielfach mit dem Anstoß zum baldigen Anschluß an die Gewerkschaft und fördert damit wiederum die Kampfkraft der Organisation.

Ganz klar ergibt sich aus all diesem der Wert aller Unterstützungseinrichtungen für die Stärkung des Kampfcharakters der Gewerkschaftsorganisationen. Die frühere Erfahrung hat uns ja gerade gelehrt, daß es nicht abgetan sein kann nur mit der bloßen Streikunterstützung, um den Kampfcharakter der Gewerkschaften ganz besonders zu betonen, sondern daß man jedes Mittel benutzen muß, um die Kampfkraft der Gewerkschaft zu heben. Damals waren die Gewerkschaften trotz der „reinen Kampforganisation“ vielfach ohnmächtig, weil sie die Mehrheit der Gewerbeangehörigen noch gegen sich hatten; später wurde vor allem durch die Einführung anderer Unterstützungsorten der Gewerkschaftsgedanke populärer, die Arbeiter schlossen sich in immer größeren Massen ihren Gewerkschaften an und damit stieg automatisch die Kampfkraft der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Wir sehen also, daß schließlich beide Richtungen mit der von ihnen propagierten Taktik das gleiche wollen. Beide wollen die Kampfkraft der Verbände heben, die eine unter Ausschaltung sonstiger Unterstützungen, die andere unter Anwendung aller Mittel. Wir halten die letztere Ansicht für die richtige und konsequente; auch auf unsern Verbandstagen kam dies stets zum Ausdruck. Wir dürfen immer nur fragen, ob das angewandte Mittel zum Ziele führt und falls das der Fall ist, müssen wir es anwenden. Uns auf ein „Prinzip“ zu versteifen, das bei näherer Untersuchung sich obendrein noch als falsch angewandte Wissenschaft und verkehrte Taktik offenbart, ist und bleibt ein Fehler und wirkt in diesem Falle der Zwecke der Gewerkschaft entgegen. Davon müssen wir uns freimachen. Wir müssen jedes Mittel anwenden, um die Gewerkschaft auf möglichst breite Grundlage zu stellen, ausgehend von der richtigen Erkenntnis, daß bei Vergrößerung der Mitgliedschaft sich die Kampfsmöglichkeit und Schlagfertigkeit der Gewerkschaft hebt. Und wir müssen alles tun, um die Kampf- und Widerstandskraft des einzelnen zu stärken zugunsten der Kaufkraft des Ganzen und dies geschieht durch Hochhaltung und Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen. Dadurch kommen wir dazu, daß unsere Organisation nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat ihre verbesserte Kampfaktivität bestätigt.

Nützen wir also alles, was die Kampfkraft der Gewerkschaften heben kann. Eine Gewerkschaft, die nur Streikunterstützung gewährt, dokumentiert wohl nach außen, daß sie Kampforganisation ist und sein möchte; die Erfahrung aber

hat gelehrt, daß sie mit dieser Einseitigkeit nicht weit kommen kann und daß noch andere Mittel angewandt werden müssen, um die Gewerkschaft zur wirklichen Kampforganisation zu erheben. Die Unterstützungseinrichtungen stärken den Kampfcharakter der Gewerkschaften; über diese Binsenwahrheit hilft auch nicht die schöne Phrase hinweg, daß sie „verwässern“ wirken. Mit schönen Worten und falsch angewandter Prinzipienwäckerlei ist es in der Gewerkschaftsbewegung nicht getan. Hier muß jeder auf dem praktischen Boden der Tatsachen stehen und danach seine Handlungen einrichten. Wer das nicht tut, der schädigt den Gewerkschaftsgedanken und damit seine eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Arbeitslosigkeit unserer Verbands- mitglieder.

Unsere Verbandsstatistik über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder in den Monaten Januar, Februar und März 1920 weist folgendes Ergebnis auf:

Monat	Es be- richteten Mit- glieder 1920	Mitglieder in d. berich- tenden Mo- nats- schlüsse 1920	Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Von 100 Mitgliedern waren Arbeitslose am Schlusse der letzten Monats- woche			
			1919	1920	1917	1918	1919	1920
Januar ..	148	46127	4811	7197	3,66	1,47	23,13	15,45
Februar ..	144	46261	5556	5680	3,26	1,17	21,04	12,28
März	139	46060	3269	3158	0,79	0,22	10,72	6,84
April	—	—	2978	—	0,74	0,87	8,70	—
Mai	—	—	2282	—	0,44	0,89	6,10	—
Juni	—	—	2194	—	0,20	0,87	5,90	—
Juli	—	—	2718	—	0,29	0,29	6,48	—
August ..	—	—	2148	—	0,21	0,28	4,98	—
September ..	—	—	1526	—	0,15	0,28	3,44	—
Oktober ..	—	—	2404	—	0,47	0,54	5,18	—
November ..	—	—	4511	—	0,88	5,25	9,81	—
Dezember ..	—	—	5324	—	1,38	18,18	11,22	—

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen.

Das Reichsverorgungsgegesetz, das die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen regelt, ist am 28. April dieses Jahres von der Nationalversammlung angenommen worden. Das neue Gesetz behandelt alle Beschädigten gleich, ob Soldat, ob Unteroffizier oder Offizier. Die Kriegszulage fällt weg, ebenso die Verstümmelungszulage, an deren Stelle die Schwerbeschädigtenzulage tritt, die alle die Beschädigten erhalten, die eine Rente von 50 % und mehr beziehen.

Das Gesetz kennt die sogenannte Grundrente und die sogenannte Schwerbeschädigtenzulage. Es werden gewährt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um

20 %	420 M. Grundrente
30 %	720 "
40 %	960 "
50 %	1200 "
60 %	1440 "
70 %	1680 "
80 %	1920 "
90 %	2160 "

und 150 M. Schwerbeschädigtenzulage

und bei voller Erwerbsunfähigkeit 2400 M. Grundrente und 300 M. Schwerbeschädigtenzulage.

Dazu kommt eine Ausgleichszulage für Beschädigte, die vor Eintritt zum Militärdienst einen Beruf ausgeübt haben, der erhebliche Kenntnisse und Fähigkeiten erforderte, in Höhe von 25 %, in besonderen Fällen 50 %. Ferner eine Kinderzulage für jedes Kind von 10 %, eine Ortszulage, die in Klasse A 35 %, Klasse B 30 %, Klasse C 20 % und Klasse D 10 % ausmacht. Die hilflosen Dienstbeschädigten erhalten eine Pflegezulage von 600 M. bis 1500 M. und auf den ganzen so gewonnenen Betrag wird eine Teuerungszulage berechnet, die alljährlich neu festgesetzt wird. Zurzeit beträgt sie 25 % aller Gebührende.

Folgende Beispiele mögen die Wirkung der Versorgungsbestimmungen erläutern:

Ein Beschädigter, der als Dekorationsmaler seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, erhält bei 30 % Erwerbsbeschränkung, wenn er 4 Kinder hat, 720 M. Grundrente und 180 M. Ausgleichszulage (25 %) = 900 M., ferner 360 M. Kinderzulage (40 %) zusammen 1260 M. Hierzu kommen 441 M. Ortszulage (nach Klasse A berechnet = 35 %) und

426,25 M. Feuerungszulage 25 %), so daß die Gesamt- bezüge 2126,25 M. betragen.

Der vorstehend erwähnte Dekorationsmalter würde bei völliger Erwerbsunfähigkeit erhalten: 2400 M. Grundrente, 900 M. Schwerbeschädigtenzulage, 825 M. Aus- gleichszulage, 1650 M. Kinderzulage, 2021,25 M. Ortszulage und 1049,08 M. Feuerungszulage, zusammen 6745,31 M. Die Gesamtbetrag weichen also von der Grundrente, die den Ausgangspunkt bildet, ganz erheblich ab.

Für die Witwe eines an einer Dienstbeschädigung Verstorbenen ist die Rente, falls sie erwerbsfähig ist, auf 30 % der Grundrente festgesetzt worden. Ist sie erwerbsunfähig oder wegen Pflege und Erziehung von Kindern nicht imstande, einem Erwerb nachzugehen, oder hat sie das fünfzigste Lebens- jahr erreicht, erhöht sich die Rente auf 50 %. Die Waisen- rente beträgt 15 % für eine Waise 25 %.

Es würde demnach die Witwe des oben angeführten Dienstbeschädigten zusammen mit ihren 4 Kindern, falls sie erwerbsfähig ist, erhalten: 2042,50 M. Witwenrente (50 % der Grundrente, der Schwerbeschädigtenzulage und der Ausgleichs- zulage), 2475 M. Waisenrente, 1564,12 M. Ortschaftschlag und 1631,40 M. Feuerungszuschlag; zusammen also 7657,02 M. Witwen- und Waisenrente.

Bedürftige Eltern, deren Ernährer der Ver- storbene gewesen ist oder nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst geworden wäre, erhalten ein Elterngeld, falls beide Eltern leben, von 80 %, für den Vater oder die Mutter allein von 20 % der Vollrente. Für jeden weiteren Sohn erhöht sich die Rente um ein Fünftel des Betrages.

Nun muß zwar zugegeben werden, daß das Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges noch so manchen Mangel aufweist. Insbesondere ist es bedauerlich, daß eine Anzahl Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion durch die bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung abgelehnt wurde. Auch die vorgesehene Unterstützungssätze können angesichts der gegenwärtigen Teuerung durchaus nicht als ausreichend bezeichnet werden. Aber trotz alledem bedeutet das Gesetz gegenüber dem bisherigen Zustande einen wesentlichen Fortschritt. Zu den Aufgaben des neuen Reichstags wird es gehören, die Teuerungszulagen, die alljährlich fest- gesetzt werden müssen und die jetzt 25 % aller Gehaltsansprüche ausmachen, der ständig zunehmenden Teuerung entsprechend zu erhöhen.

Erste Hilfe bei Massenunglücksfällen.

Wie aus der Tagespresse zu ersehen ist, vergeht fast keine Woche, wo nicht von größeren Explosionen oder explodierten Bränden innerhalb Deutschlands berichtet wird. In der Presse selbst geht man nach dem ganzen Geist der heutigen Zeit mit leichter Art darüber hin; man sucht jede eingehende und breite Darstellung zu vermeiden. Menschenleben und -gesundheit werden, wie in den Kriegsjahren, immer noch sehr niedrig bewertet. Bei diesen Vorgängen haben wir es unstreitig in erheblichem Maße mit den Nachwirkungen des Krieges zu tun, wobei weitauß der Arbeiterklasse wieder die größten Opfer bringen muß. Für die organisierte Arbeiterchaft ent- steht hier wieder von neuem die Frage: Welche Ursachen sind in technischer Beziehung oder sonst die Veranlassung gewesen, und welche vorbeugenden Schutzmaßnahmen sind unterlassen worden. Eine Beantwortung dieser Fragen muß unbedingt von den amtlichen Organen gegeben werden.

Es wird sich hierbei nicht immer allein darum handeln; ob bei den Betrieben die Schutzvorschriften ausgehängt sind, ein Medizinalkasten mit Inhalt und eine Platanenweilung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen oder plötzlichen Erkrankungen sowie sonst anderes Feil- und Hilfsmaterial wie Sauerstoff- flaschen, Ventilatoren usw. vorhanden oder oft nicht vorhanden waren — oder sich sonst in einem äußerst lichterlichen Zustande befanden —, sondern auch darum, inwieweit hier mit Umsicht alles bereitgestellt war, um die Wirkung dieser menschen- vernichtenden Vorgänge abzumildern.

Ohne dabei in allen Fällen im voraus die Unternehmer oder Betriebsleiter als die Schuldigen anzunehmen, so sind hier doch reiche Möglichkeiten gegeben, die Dinge zu ver- dummeln. Es liegt in der Eigenschaft von Explosionen und Brandkatastrophen, daß die ursächlichen Zusammenhänge sehr oft schwer festzustellen sind und auch verschleiert werden können. Eine hochverständliche Kenntnis von der Gefahren- industrie und deren Anlagen muß ohne Zweifel von der zu- ständigen Gewerbeinspektion (Gewerbeaufsicht) erwartet werden können. Dasselbe wird auch auf Grund der Unfallverhütungs- vorschriften von dem technischen Aufsichtsbeamten der in Frage kommenden Berufsgenossenschaft sowie von den im Betrieb beschäftigten Vorarbeitern anzunehmen sein. Wenn wir bei alledem uns genötigt sehen, diese Unglückskatastrophen als ernste Mahner für die Wahrnehmung des Arbeiterchutzes zu betrachten, so wird doch andererseits immer wieder darauf hin- gewiesen werden müssen, daß derartige Gefahrenquellen als Begleiterscheinung oft weit über die Grenzen der Gefahren- betriebe eine Unsicherheit erzeugen und eine ständige Lebens- unsicherheit für die umgebende Bevölkerung bedeuten. Aber auch aus anderen Umständen und Zusammenhängen können sich Katastrophen ergeben, an denen eine Kulturgenossenschaft nicht gleichgültig vorübergehen kann. Danach wird immer wieder die Frage aufzuwerfen sein: Welche Erste-Hilfe- Organisationen sind durch den Staat oder die Gemeinden ge- schaffen, um bei Massenverunglückungen schnell ein Eingreifen zu ermöglichen?

Fast 1 Jahr vor Ausbruch des Krieges, im Sep- tember 1913, hat sich der Zweite Internationale Kongress für Rettungswesen, der in Wien tagte, mit dieser Frage be- schäftigt. Nach einem Referat von Dr. med. Paul Streffer hat die Deutsche Gesellschaft für Samariter- und Rettungs- wesen in Leipzig ein beachtenswertes Material aus sämt- lichen Staaten Europas gesammelt. Das Material besteht aus 53 verschiedenen Katastrophen. Im einzelnen betreffen sie 4 schwere Automobilunfälle, 7 große Brände, 7 Eisen- bahnkatastrophen, 7 Eisenbahnunfälle, 2 Erdbeben, 4 Gruben- katastrophen, 1 Eisenbahnunfall, 12 Explosionen, 3 Schiffs- unfälle, 2 Amalut, 1 Massenvergiftung und 2 Hochwasser- katastrophen. Die Zahl der durch diese Unglücksfälle getöteten und verletzten Menschen ist nicht genau festgesetzt; doch karben auf der Stelle oder doch im unmittelbaren Anschluß an der Katastrophe mindestens 898 Personen, während mindestens 1499 verletzt wurden, darunter 163 schwer. Un- berücksichtigt sind dabei die Opfer des Erdbebens von Messina.

Jede Katastrophe hat demnach über 17 Tote und fast 29 Ver- letzte als Opfer gefordert. Daß diese hier angeführten Zahlen als Mindestzahlen anzusehen und daß namentlich die Zahl der Todesfälle viel zu niedrig begriffen sind, ergibt sich aus den letzten Vorgängen in Deutschland im Laufe dieses Jahres. So wurden bei den Unfällen in Berlin am 18. Januar 42 Tote und 105 Verletzte gezählt. Bei der furchtbaren Pulverexplosion in Mothenslein in Ostpreußen am 10. April sind nach einem Bericht des zweiten Bürgermeisters von Königsberg 300 bis 400 Tote, ohne die andern Verletzten, zu verzeichnen. An demselben Tage ereignete sich bei der Castellengrube, beim Bahnhof Vorklamer in Oberschlesien, eine Schlagwetterexplosion, bei der 28 Tote geborgen wurden. Das Grubenunglück auf der Zeche Bruchstraße bei Langen- dreer am 11. April forderte 19 Tote. Die Explosionskata- strophe der Stollberger Düngersfabrik durch Sprengstoffe am 13. April brachte 21 Personen ums Leben und ergab außerdem 14 Schwerverletzte. Dabei wurden nicht allein Arbeiter der Fabrik, sondern auch Straßenpassanten getötet. Bei ver- ähnlichen Massenunglücksfällen können noch weiter hinzu die nach kürzerem oder längerem Krankenlager verstorbenen Ver- letzten, die dann die grausige Rechnung nicht unbeträchtlich erhöhen.

Sehr richtig wurde deshalb auf dem Wiener Kongress gesagt: „Bedenkt man weiter das ziffernmäßig kaum ab- zuschätzende Elend, das durch dauernde Verstümmelungen, durch unheilbares Stochtum, durch langwierige Arbeitsunfähig- keit der Verletzten hervorgerufen wird, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Bereitstellung geeigneter Vorkehrungen für die erste Hilfe bei Massenunglücksfällen eine der wichtigsten Aufgaben des Rettungswesens darstellen muß.“ Wenn man die vielfältigen großen Massenunfälle nach Art und Ort ihres Vorkommens sowie nach ihrer besonderen Ursache überblickt, so heben sich aus diesem furchtbaren Bilde zunächst die immer ab, die gewissermaßen nur ein Glied einer Kette ohne Ende darstellen, die man mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit — wenn auch nicht nach Form und Zeit- punkt — voraussehen und auf deren Eintritt man sich deshalb heizeten rüsten kann. Solche voraussehbaren Unglücksfälle sind entweder vorübergehend oder dauernd. Zu beachten sind hierbei Massenveranstaltungen, wie Volksfeste, sportliche Vorführungen, Wettrennenbesuche, Umzüge, wirtschaftliche oder politische Demonstrationenversammlungen. Durch irgendeinen Umstand entsteht während der Aufführung im Theater, im Zirkus, in großen Konzerten oder auf stark frequentierten Straßen eine Panik, die in wenigen Minuten Menschenleben und -glück zerstört. Aber ganz besonders sind die Gefahren- quellen und die Gefahrenindustrie sowie die Bauten, Stein- brüche und dergleichen, die abseits von den großen und mittleren Städten, in kleineren Orten und auf dem Lande sich befinden, im Auge zu behalten, um hier bei Unglücks- fällen schnelle Hilfe zu bringen, wo oft bis zum ärztlichen Eingreifen Holz und Eisenstücke und große Schuttmassen ober- halb der Verletzten zu beseitigen sind, wobei dann die Feuer- wehrorganisationen in den seltensten Fällen allein genügen können.

Wenn man bei solchen Ereignissen weitere Menschen- vernichtung infolge von Unterlassungen verhindern will, dann bedarf es eines gut funktionierenden Apparats, der von einer Zentralstelle in der Provinz oder im Kreise geleitet wird. Diesen zu schaffen, wird die Aufgabe des demokratischen Staates in Verbindung mit den Gemeinben und den Rettungs- gesellschaften sowie mit den Merges- und Samaritervereinen sein müssen. Auch der Arbeiteramariterbund wird gewiß, wie so oft, gern bereit sein, hier helfend mitzuwirken. Wenn das geschieht und das Vorhandene nach der Richtung weiter ausgebaut wird, dann wird das Eintreten können, was der Referent auf dem 2. Internationalen Kongress in Wien 1913 zum Schluß forderte: „Solchen Katastrophen gegenüber muß das allgemeine Rettungswesen genügen, und es wird bei Spannung aller seiner Kräfte auch dann leisten, was billiger- weise von ihm gefordert werden kann, wenn es über aus- reichendes ärztliches und technisch geschultes Hilfspersonal, über genügend Krankentransportmittel und ein zuverlässiges Meldewesen verfügt.“ Die Ausbildung zum Samariterdienst und zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen muß in Arbeiterkreisen mehr gefördert werden. In allen Betrieben muß eine Zahl von Beschäftigten vorhanden sein, die auf diesem Gebiet als geschult angesprochen werden können. Jetzt heißt es: Dem Wert des Menschen wieder Achtung zu verschaffen und wahre Menschenliebe und Humanität zur Geltung zu bringen.

G. Heintz.

Lohnbewegungen.

In **Wetterungen** und **Bünde** sind die Kollegen in den Streik eingetreten, nachdem von den Arbeitgebern Verhand- lungen abgelehnt wurden. In **Bünde** kam ein neues Lohn- abkommen zustande.

In **Raumburg** und **Weida** sind die Differenzen beigelegt. **Sonderburg**. Nach viertägigem Streik wurde mit den Arbeitgebern ein neues Lohnabkommen abgeschlossen.

Gütrow i. M. Am 8. Mai traten die hiesigen Kollegen in den Streik. Veranlassung hierzu gaben die Arbeitgeber, die als Antwort einer Abschlagsforderung unsererseits, gestellt im Monat April, auf die zentralen Verhandlungen verwiesen und diese für sich verbindlich erklärten. Nachdem aber die Verhandlungen für Gütrow eine Lohnerhöhung von 1,40 M. pro Stunde festsetzten, deren Infrastruktur für die Zeit vom 1. bis 16. Mai örtlichen Verhandlungen unterlag, erklärten nunmehr die Herren, eine Lohnerhöhung von nur 60 ¢ pro Stunde zuzugestehen, zahlbar vom 1. Juni an. Die Herren hatten bis dato immer verstanden, uns im Lohn niedriger als jeden andern Beruf zu halten. Unser Verlangen, durch örtliche Verhandlungen eine friedliche Basis zu erreichen, wurde ab- gelehnt. Einmütig stehen die Kollegen im Kampf und ersuchen, Zugang fernzuhalten.

Lackierer.

Eisenach. Der Streik in der Karussellfabrik ist nach kurzer Dauer beigelegt worden.

München. Im Wagenbaugewerbe ist eine neue Lohn- bewegung eingeleitet.

In **Hamburg** haben die fruchtlosen Verhandlungen in den Wagenbaubetrieben noch zu keiner Einigung geführt.

Auf den Werften sind durch den Streik der Angestellten und Beamten auch alle übrigen Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden.

Aus unserm Beruf.

Brandenburg a. d. O. (Situationsbericht.) Die Konjunktur des Vorjahres war im ganzen zufriedenstellend. Zur Zeit der großen Ferien herrschte Mangel an Arbeits- kräften. Allerdings setzte im Herbst, früher als es in Vor- kriegsjahren der Fall, Arbeitsmangel ein. Im Laufe des Winters zählten wir 11 Arbeitslose mit insgesamt 216 Wochen. Viele Kollegen fanden noch in der hier stark entwickelten Industrie Unterlunft. Im Berichtsjahre hatten wir 86 Neu- aufnahmen. Dieser Erfolg unserer Agitation soll uns zu noch größeren Anstrengungen im laufenden Jahre veranlassen. 47 Mitglieder zählten wir am 1. Januar 1919. Als vom Militär entlassen oder aus der Gefangenschaft zurückgeführt, kamen 41 Kollegen hinzu. Aus andern Organisationen traten 12 Kollegen über; an Zugereisten hatten wir 6 zu buchen. 15 Mitglieder gingen uns durch Abreise respektive Uebertritt zu andern Organisationen wieder verloren, so daß wir 121 Mitglieder am 1. Januar 1920 zählten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß unter den Neuaufgenommenen bereits 6 Kollegen das 50. Lebensjahr überschritten hatten. Es muß unser Bestreben sein, auch den letzten Kollegen für uns zu gewinnen und dieses Ziel ist un schwer zu erreichen, wenn jeder Kollege nach seinem besten Können daran mitarbeitet. Wie sieht es damit aus? — Unsere Monatsversammlungen bieten kein erfreuliches Bild. Im Durchschnitt besser als in den letzten Vorkriegsjahren besucht, steht doch dieser weit hinter berechtigten Erwartungen zurück. Viele Kol- legen glauben, wenn sie an ihrer Arbeitsstelle tüchtig schimpfen und an eingebildeten oder wirklich bestehenden Mißständen herumkritikieren, alles zu ihrer Verbildung getan zu haben. Weit gefehlt! Nichts ändert sich dadurch, alles bleibt beim Alten. Nur gemeinsames Handeln bringt Besserung. Darum Kollegen, kommt in unsere Versammlungen und legt selbst Hand an's Werk. Durch gemeinsame Aussprache wird Klarheit über unsere Verhältnisse geschaffen und nur so ist der Weg zu finden, den wir vereint gehen müssen, um erträg- liche Verhältnisse zu schaffen. Allein vermögen wir Nichts, vereint Vieles. Wer ernten will, muß auch säen. Es geht nicht an, daß man immer denselben Kollegen die Arbeit über- läßt, und die Frucht derer Arbeit mitgenießt. Wer das Wohl seiner Familie nicht vernachlässigen will, gehet in die Ge- werkschaftsversammlung. — Die Kollegen in den Lackierereien der Industrie leiden viel, ohne sich dessen immer bewußt zu sein, unter der Zugehörigkeit zu den verschiedensten Organisationen. Nach dem Beschluß des letzten Gewerkschafts- kongresses, befreitend Berufsorganisation, ist der Maler- und Lackiererverband die allein zuständige Organisation. Trotzdem haben wir noch nicht ein Drittel der dort Beschäftigten. Der Me- tallarbeiterverband dominiert mit etwa zwei Dritteln, darunter Kollegen, die den Maler- oder Lackiererberuf erlernt haben und nie in einem andern Beruf tätig waren. Diese Kollegen sind zu einer Zeit dem Metallarbeiterverband beigetreten, als dieser noch bei niedrigeren Beiträgen höhere Unterstützungen ge- währte. Ein Scheinverdienst! Denn niemals kann der Metall- arbeiterverband unsere speziellen Be- ruf-Interessen vertreten. Es gibt in diesem keine Sektion der Lackierer und deshalb wird der Metallarbeiterverband in speziellen Lackierfragen versagen und unsere Kollegen immer an den Maler- und Lackiererverband verweisen. Wenn dieser nun nicht den nötigen Einfluß hat, um berechtigete Wünsche und Forderungen durchzusetzen, so trifft die Schuld diejenigen Kollegen, die durch oben bezeichnetes und überlegtes Handeln uns zur Ohnmacht verdammt. Auch hier ist noch ein großes Arbeits- feld, wo durch Aufklärung Gutes geschaffen werden könnte. Die eingetretene Beitragserhöhung ist von unsern Mitgliedern als notwendig erkannt. Wir könnten dem Hauptvorstand höchstens den Vorwurf machen, nicht schon früher damit gekommen zu sein. Wir wollen und müssen im wirt- schaftlichen Kampf mit Gewehr bei Fuß stets stark gerüstet stehen. Trotz ungünstiger Geschäftslage ist es der Stärke unserer Organisation gelungen, auf dem Wege der zentralen Verhandlung ganz wesentliche Lohn erhöhungen zu erringen, die auch dem kurzfristigsten in die Augen springen muß. Kein außerhalb unserer Reihen Stehender hat ein Verdienst daran. Kollegen! Da muß die Agitation einsetzen. Auf, ans Werk! — Im nächsten Bericht müssen wir sagen können, in Brandenburg gibt es keinen unorganisierten Kollegen.

Die Filialkonferenz der Filiale Blauen

am 9. Mai, an der auch Bezirksleiter Kollege Vogt teilnahm, einberufen unter dem Zwang der wirtschaftlichen Lage, eine Klärung der allgemeinen Mißstimmung über die minimale Entlohnung, im Gegensatz zu den erheblich höheren Löhnen selbst ungelerner Arbeiter in andern Berufszweigen, herbei- zuführen, nahm, wie nicht anders zu erwarten war, einen recht stürmischen Verlauf. Ueber das Thema — die reichs- tarifliche Teuerungszulage und die wirtschaftliche Lage unseres Berufs — referierte der Vorsitzende, Kollege Hüfer. Seine Ausführungen besagten, daß nicht allein die abgeschlossenen Teuerungszulagen völlig ungenügend waren, vielmehr noch der Fehler der Verhandlungsleitung, Hauptvorstand und Gauleitung, begangen worden sei, das Lohnabkommen zu lang zu befristen, wodurch uns jegliche freie Betätigung, in örtlichen Verhandlungen einen Ausgleich gegenüber in andern Berufen gezahlten höheren Löhnen herbeizuführen, von vorn- herein genommen war. Nedner kritisierte dann die am 4. Mai in Dresden für den Freistaat Sachsen abgeschlossene Teu- erungszulage, bei der wiederum Blauen die Rolle des Aischen- brödels zugefallen ist. Nach seiner Meinung liegt lediglich die Schuld an der Verhandlungskommission, die ihrer Auf- gabe nicht vollkommen gewachsen war; er verlangt, daß bei den nächsten Verhandlungen sie dies in energischerer Weise zum Ausdruck bringen muß, soll das Vertrauen zu der Ver- bandsleitung fernerhin keinen Bruch erleiden. In der Dis- kussion widerlegt Kollege Vogt die Anwürfe an Hauptvorstand und Gauleitung und behauptet, daß es dem Referent in seiner Weise gelungen ist, den Nachweis zu erbringen, daß die Interessen der Kollegenschaft nicht energisch genug vertreten hätten, die Anwürfe des Referenten lediglich der Animosität den Angestellten gegenüber entsprängen. In all den Orten

wo annähernd eine gute Konjunktur vorhanden war, sind auch den Arbeitgebern, trotz Tarifverträgen, brüchige Zugeständnisse abgerungen worden. Wenn Plauen selbst den niedrigsten Lohn vom ganzen Ostgebiet zurzeit erhält, so liegt es daran, weil hier die Arbeitslosigkeit besonders traffe Formen angenommen hat und auf Grund dessen sich die Arbeitgeber nicht verpflichtet fühlen; der dazu nötige Druck konnte nicht ausgeübt werden, brüchige Zugeständnisse zu machen. Nachdem die verschiedensten Redner der Zahlstellen sich allgemein mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und dem Vorsitzenden des Bundeszentralverbandes in Dresden zugesandt: „Die am 9. Mai in Plauen i. V. stattgefundenen Fiskalkonferenzen, an welchen Vertreter aus Plauen, Auerbach, Galtenstein, Reichenbach, Delitzsch, Markneukirchen, Treuen sowie aus Greiz und Zeulenrode anwesend waren, erklärt, daß sie mit den Verhandlungen in keiner Weise einverstanden ist. Weder die festgesetzte Höhe des Lohnes noch die viel zu späte Inkraftsetzung der Lohnzulagen kann den im Beruf beschäftigten Gehilfen genügen. Sie fordern deshalb vom Vorstand des sächsischen Arbeitgeberverbandes, daß er schleunigste Schritte unternimmt und die Mittelbeschaffenheit der obengenannten, zum Arbeitgeberverband gehörigen Städte um Zahlung der festgesetzten Lohnzulagen in voller Höhe vom 1. Mai an einweist, wenn andernfalls nicht größere Kompensationen eintreten sollen. Wir erwarten bei späteren Lohnverhandlungen eine gerechtere Berücksichtigung der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. An unsere Organisationsleitung geht ebenfalls ein Protest ab, in dem gefordert wird, daß sie bei künftigen Lohnbewegungen die Interessen ihrer Mandatgeber weit energischer als bisher zu vertreten hat.“

Den Rassenbericht erstattete der Kollege Mader, aus dem zu entnehmen war, daß die Ausgaben im letzten Quartal die Einnahmen fast überholt haben und die gewaltige Differenz der Ausgaben zum großen Teil den erhöhten Posten für die Abfertigungskosten zuzuschreiben sind. Nicht unerwähnt bleiben darf hierbei die große Zahl der gestellten **Beiträge** in Marken im letzten Quartal, wodurch ebenfalls der Fiskalanteil ein erheblicher Teil der Einnahme entgangen ist. Charakteristisch für die hier herrschende Arbeitslosigkeit. Der jetzige Lokalbeitrag kann also für die Dauer keineswegs genügen; die Mehrbelastung, wie Vergütung für Einklassierung der Beiträge laut gestellten Antrag der Zahlstelle Auerbach, erhöhter Kartellbeitrag, Porto usw., das Ausgabenkonto auf die Dauer decken zu können, bedingt eine Erhöhung des Lokalbeitrages unter allen Umständen. Den Delegierten der Zahlstellen wird anheimgestellt, in ihren demnächst stattfindenden Mitgliedsversammlungen die Kollegen von der Notwendigkeit der Erhöhung des Lokalbeitrages zu überzeugen. In der sich anschließenden Diskussion wird dasselbe von den Delegierten allenthalben anerkannt und gewünscht. Weiter lag ein Antrag der Zahlstelle Reichenbach vor, der forderte, baldmöglichst die Anstellung eines Fiskalbeamten ins Auge zu fassen. Kollege Vogt weist nach, daß bei dem gegenwärtigen Stand des Markenerkaufs sowie Mitgliederbestandes, diese Frage zurzeit noch nicht spruchreif geworden ist und ersucht die Antragsteller, den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen. Hier zeigte man gleichfalls Verständnis und hofft, daß man bei eintretender besserer Konjunktur doch wiederum zur Anstellung eines Kollegen schreiten muß, um die jetzt lästigen Kollegen, die im Beruf stehen, zu entlasten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, schließt der Vorsitzende die Konferenz mit einem Appell an die Delegierten, auch weiterhin für die Organisation ihre ganze Kraft einzusetzen, um die noch Fernstehenden der Organisation anzuschließen. P. M.

M a s c h r i f t. Im vorstehenden Bericht kommt deutlich zum Ausdruck, daß unser Gewerbe, ganz besonders in P l a u e n, außerordentlich bantieder liegt. Es verrät daher ein großes Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit und die Arbeiterfreundlichkeit der Arbeitgeber, wenn man annimmt, daß diese das nicht ausnutzen und bei den Verhandlungen trotz aller Überzeugender und noch so forscher Neben mehr zugehen, als wir ihnen günstigenfalls abtrotzen könnten. Wer diese Tatsachen aus seiner gewerkschaftlichen Praxis heraus kennt, wird nicht immer wieder den Verhandlungsteilnehmern und der Verbandsleitung die Schuld zuschieben, wenn die Kollegen nicht in allen Orten befriedigt werden konnten, sondern wird die herrschenden ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse für den Stand der bestehenden Zustände verantwortlich machen. Diese überstet, wie eigentlich jeder organisierte Arbeiter wissen mußte, einen sehr entscheidenden Einfluß auf unsere Erfolge bei Tarif- und Lohnverhandlungen aus. Deshalb sind es in der Tat, wie es im Bericht auch ganz richtig heißt, **A n w ä r f e**, wenn gesagt wird, die mit dem Verhandeln beauftragten Kollegen hätten in Berlin oder Dresden die Interessen ihrer Mandatgeber nicht energisch genug wahrgenommen. So wie bisher bedarf es auch in Zukunft hierzu keiner besonderen Ermahnungen.

Eingefandt.

Mit Interesse las ich die Ausführungen unseres Kollegen Streine auf der Tagung des Bundes Deutscher Dekorationsmaler in Dresden, worin er den Mangel einer tüchtigen Fachpresse betont. (Nr. 13/14 des „Vereins-Anzeigers“.) Schon längst wollte ich schon einmal in einem Eingefandt an den „Vereins-Anzeiger“ dieses Gebiet anschnitten; die Ausführungen des Kollegen Streine bestärkten mich in diesem Entschluß. Was eine gute Fachzeitung für ein Gewerbe bedeutet, brauche ich wohl nicht erst zu erläutern. Für uns käme nur die „Münchener Wappe“ in Betracht, die wirklich sehr gut ist (bin selbst schon über 13 Jahre Abonnent derselben). Ueber die Leipziger und die andern kleineren Zeitungen will ich schweigen. Unser „Vereins-Anzeiger“ brachte ja vor dem Kriege schon hier und da einmal eine fachliche Abhandlung. Aber im allgemeinen kam das Technische in unserm Beruf viel zu kurz. Es wäre da an der Zeit, hierin einmal Wandel zu schaffen. Ich weiß es genau, viele Kollegen legen den „Vereins-Anzeiger“ achtlos beiseite, wären aber mehr fachtechnische Abhandlungen darin, so würde auch das allgemeine Interesse dafür zunehmen. Jetzt, wo sich unsere Mitgliederzahl in einer sehr erfreulichen Weise gehoben hat, sollte auch die Zeitung dementsprechend ausgebaut werden. Ich glaube bestimmt, daß jeder gerne wöchentlich einige Pfennige mehr Beitrag zahlen würde, wenn ihm dafür eine gute Fachzeitung geboten wird. Bei irgendeiner Gelegenheit äußerte

vor Jahren einmal im „Vereins-Anzeiger“ ein Kollege, daß unsere Zeitung mit dem Titelkopf eher einem Kirchenblatt ähnlich sehe denn einer Malerzeitung. Er hatte Recht! Mein Vorschlag ginge nun dahin, den „Vereins-Anzeiger“ vorerst noch ein Blatt beizufügen, das ausschließlich nur fachtechnische Abhandlungen, Notizen und dergleichen bringt; und nach und nach dieses (wenn Papiermangel behoben) umfangreicher zu gestalten, zum Beispiel durch einen Fragekasten, Abbildungen und dergleichen. Es sollte ein Blatt sein, in dem jeder zu Worte kommen kann, wo die Erfahrungen und Mißerfolge im Beruf ausgetauscht, Materialien besprochen und neue oder eigenartige Techniken erläutert werden. Zudem, wie die Verhältnisse jetzt liegen, wo alles „Erzählerisch“ ist, wo immer neue Materialien auftauchen und die alten nicht verschwinden wollen, sondern immer „durchschlagen“, da wäre ein allgemeiner Meinungsaustausch von großem Nutzen und auch Interesse für das ganze Gewerbe. Die Dinge liegen jetzt so, daß die Kollegen, die mit draußen waren, jetzt noch lernen müssen und die, die während des Krieges gelernt haben, ebenfalls wieder umlernen.

Ich möchte nun die Meinung der andern Kollegen zu meinem Vorschlag hören und bitte um recht viele diesbezügliche Äußerungen. Wäre gerne bereit, wie ich es auch von andern erwarte, meine im Laufe der Zeit gesammelten Erfahrungen zu Nutz und Frommen weiterer Kreise bekanntzugeben. D. P. in Gh.

Gewerkschaftliches.

Der **Tabakarbeiterverband** ist mit 100 000 Mitgliedern in die Reihe der Großverbände eingetreten. Diese große Pfingstbotschaft konnte der „Tabakarbeiter“ in seiner Nr. 21 den Verbandsmitgliedern bekanntgeben. Unter den 100 000 Mitgliedern sind 75 000 weibliche. 1919, dem Jahre mit der höchsten Mitgliederzahl vor dem Kriege, waren es 18 058 weibliche Mitglieder. Wäge der Tabakarbeiterverband auf der neuen Bahn weiter vorwärts streben, bis alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie in der Organisation vereint sind.

Der **Verbandsstag der Schuhmacher**, der in der letzten Aprilwoche in Nürnberg tagte, nahm zur Verschmelzung folgende Entschliessung an: „Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion hat selbst auch nach dem Kriege zu einer starken Konzentration des Kapitals geführt und wird sich in der nächsten Zukunft in dieser Richtung weiter vollziehen.“

Die Unternehmerorganisationen haben die gleiche Entwicklung genommen und sind dieselben von den Unternehmern in stetem Um- und Ausbau begriffen, um sie immer noch mehr zu starken Bollwerken gegen die Arbeiterschaft auszugestalten. Demgegenüber ist es dringendes Gebot der Arbeiter, ununterbrochen auf die Erstarrung ihrer Verbände hinzuwirken.

Diese Einsicht hat sich erfreulicherweise in der Übergroßen Mehrheit der Verbände praktisch und mit Erfolg durchgesetzt, so bei den Metallarbeitern, Holzarbeitern, Bauarbeitern, Lebensmittelarbeitern, Sattlern, Vorleseulern, Tapezierern, Gerbern, Handschuhmachern und andern, die im Begriff stehen, sich zu verschmelzen.

Der Gedanke des Zusammenschlusses verwandter Berufe ist so stark, daß er auf allen Verbandstagen und internationalen Lederarbeiterkongressen in entsprechenden Entschlüssen zum Ausdruck gekommen ist.

Als dagegen erhobenen Einwände sind durch die industrielle Entwicklung und die einmütig getroffenen Kampfmaßnahmen der Unternehmer hinfällig geworden.

Es steht unumstößlich fest, daß nur lebenskräftige und machtvolle Arbeiterorganisationen imstande sein werden, den Kampf mit dem Unternehmertum zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft erfolgreich zu führen.

Aus diesem Grunde empfiehlt der Verbandstag allen Arbeitern der lederherstellenden und verarbeitenden Industrien, sich zu einem großen und starken Industrieverband aller Lederarbeiter zu verschmelzen und beauftragt den Vorstand, mit den übrigen Verbänden zu diesem Zweck sofort in Verbindung zu treten.“

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Der am 8. Mai in Karlsruhe eröffnet wurde, war von 300 Delegierten besucht. Außerdem waren Vertreter der Verbände der Zimmerer, Dachdecker, Zöpfer, Steinarbeiter, der technischen Beamten anwesend, von unserm Verband war Kollege Streine erschienen; auch zahlreiche Vertreter der ausländischen Bauarbeiterverbände hatten sich eingefunden. Zur Begrüßungsfeier waren Staatspräsident Weiß, Oberbürgermeister Dr. F i n t e r, die Bürgermeister S a u e r und S c h n e i d e r und Staatsrat W a r u m zugegen. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete Genosse P a e p l o w. Der Verband zählte im April 488 000 Mitglieder. Die Bauausichten seien ungeheuer schlecht, Materialmangel, Rohstoffpreise, Geldmangel wirken zusammen, die erhöhten Arbeiterlöhne spielen gegenüber diesen Erscheinungen eine unbedeutende Rolle. An einen Abbau der Löhne könne bei der Spannung zwischen Verdienst und Verbrauch nicht gedacht werden. Ferner kam er auf die Arbeiten des Wiederaufbaues in Frankreich zu sprechen. Die Ausichten seien nicht sehr tröstlich. Eingehend beschäftigte er sich mit den inneren Verbandsangelegenheiten. Den Bericht über die Verhandlungen in den Lohnfragen erstattete Z ö p f e r. Er schilderte die gegenwärtige Situation und hob hervor, daß es undenkbar wäre, die Lohnfrage heute noch allgemein örtlich zu regeln.

Der Redner der Opposition, der die Politik des Vorstandes scharf bekämpfte, erhielt eine Stunde Redezeit. Viele Redner wendeten sich scharf gegen die Sonderbestrebungen solcher Bezirke, die durch eine gute Konjunktur am Orte auf Kosten der andern Städte sich besondere Vorteile verschaffen wollen. Damit schädige man die Gesamtheit und sich selbst bei Veränderung der Lage, denn in vielen Gegenden seien die Ausichten des Baugewerbes recht trostlos. Am zentralen Abschluß der Tarifverträge müsse festgehalten werden. Der „Grundstein“ dürfe nicht als Abladeplatte für alle möglichen Ansichten werden. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses parteipolitisch neutral. Allen Mitgliedern des Verbandes steht es

frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Überzeugung entspricht. Kein Verbandsmitglied darf wegen seiner politischen Überzeugung oder wegen politischer Handlungen ausgeschlossen oder sonstwie benachteiligt werden. Der Verbandstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstößt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden, politischen Parteien überwiesen werden. Weiter steht der Verbandstag auf dem Standpunkt, daß bei Befragung von Wahlen oder bei Wahlen innerhalb des Verbandes nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgegangen werden darf.“

Nach dem Schlusswort der Referenten wurde dem Gesamtverband gegen 70 Stimmen Entlastung erteilt. Beschlossen wurde, aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern auszuscheiden. Ueber die notwendigen Änderungen des Statuts und die dazu vorliegenden zahlreichen Anträge referierte Paeplov. Nach dem Bericht der Statutenberatungskommission wird das Eintrittsgeld auf 3 M. erhöht, die Beiträge für den Verband und die Ortsverwaltung nach den gewählten Stundenlöhnen geregelt. Die Unterstützungsfrage werden entsprechend den neuen Beiträgen festgelegt. Für politische Streiks wird keine Unterstützung gewährt. Die Streikunterstützung erfährt eine bedeutende Erhöhung gegenüber den heutigen Sätzen, ebenso wird die Erwerbslosenunterstützung erhöht. Neu eingeführt wird die Alters- und Invalidenunterstützung.

Zur Frage über die Verschmelzung der Bauarbeiterverbände berichtete Genosse Paeplov eingehend darüber, was bisher schon geschehen ist. In den aufgestellten Richtlinien sei die Auffassung des Verbandsvorstandes zu der Frage niedergelegt.

Der Vertreter vom Bund der technisch-industriellen Beamten, K a u f m a n n, Berlin, sprach sich für den Gedanken sympathisch aus; doch könne er sich vorläufig nur für ein Kartellverhältnis erklären, um die Geschlossenheit des Bundes der technischen Angestellten und Beamten nicht anzuhören. Hierauf gaben T h o m a s, Frankfurt a. M., vom Dachdeckerverband und Kollege S t r e i n e für unsere Organisation und für die Asphalture und Steinseher Erklärungen ab, die sich für die Gründung aussprechen, wenn das neue Statut hält, was die Richtlinien versprochen haben. Im gleichen Sinne äußerte sich D r u n s e l, Berlin, für die Zöpfer. S c h r a d e r vom Zimmererverband ließ erklären, daß der Verschmelzungsplan seinen im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstag vorgelegt würde. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Entschliessung des Vorstandes angenommen:

„Der Verbandstag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Maßnahmen, die der Verbandsvorstand zur Schaffung einer Einheitsorganisation für alle Hand- und Kopsarbeiter des Baugewerbes und der Baustoffindustrie ergriffen hat. Er beauftragt den Verbandsvorstand, seine Bemühungen zur Schaffung einer solchen Organisation fortzusetzen. Alle Mitglieder des Verbandes haben die Pflicht, in gleichem Sinne zu wirken. Der Verbandstag ladet alle baugewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbände ein, sich dem Vorgehen des Bauarbeiterverbandes anzuschließen und damit die Einheitsorganisation für das Baugewerbe zu verwirklichen.“

Zur Sozialisierungsfrage referierten G l i n g e r und Stadtbaurat W a g n e r, Berlin. G l i n g e r hob hervor, daß die Träger der zu errichtenden sozialisierten Betriebe die Gemeinde, der Staat, die wirtschaftliche Organisation, also die Gesamtheit sein solle. Entscheidend sei bei den verschiedenen Sozialisierungssystemen, wer den Mehrwert bekomme; aus diesem Grunde könne man sich vorläufig schon mit der einfachen Kommunalisierung begnügen. Leider habe die Regierung auf diesem Gebiete viel zu wenig getan, ungeheuerlich sei die Preissteigerung auf dem Baustoffmarkt. Die heutige Produktionsweise sei nicht imstande, die Wohnungsfrage zu lösen, das könne nur die Sozialisierung. Der Vorschlag Dr. Kampffmeyer sei durchaus beachtenswert; leider habe die Regierung weder die Kraft noch den Willen, etwas zu tun; auch die Gemeinden verlagen. Nicht nur die Bauarbeiter, sondern die Gesamtheit habe ein Interesse daran, daß etwas und schnell geschieht. Wir wollen nun die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen und durch Schaffung eines Verbandes für sozialisierte Baubetriebe den Weg freilegen. Selbsthilfe müssen wir üben, dazu gehören freilich große Geldmittel, die wir beschaffen müssen vom Reich, Staat und den Gemeinden. Zum Schluß erluchte er um die Annahme des Vorstandsantrages.

„Der Verbandsvorstand ist befugt, einen Verband sozialistischer Baubetriebe gründen zu helfen und dazu 5 Millionen Mark aus der Verbandshauptkasse zu verwenden. Der Verbandstag hält es für geboten, daß die Bezirks- und Ortsvereine von sich aus Mittel ansammeln und innerhalb ihres Bereichs zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes verwenden. Die Form der Geldsammlung (Beiträge oder verzinsbare Anteile) ist für den jeweiligen Verein im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand festzulegen.“

Stadtbaurat W a g n e r wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht mehr nur Lohn-, sondern auch Produktionspolitik treiben müssen, das sei eine Einheitsfront, in die sich alle Richtungen stellen können, die Sozialismus wollen. Eingehend schilderte er die Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung. Die Schieber im Baustoffhandel machen die besten Geschäfte. Bontott der Lieferanten mache jedes freie Handeln unmöglich. Weiter führte er aus, daß die Wohnungsfrage eine Kohlenfrage ist. Wir bekommen einfach die nötige Menge nicht. Vergarbeiterwohnungen sei das erste Erfordernis, um die Kohlengewinnung zu steigern; wir müßten sofort als Bauarbeiter mit den Vergarbeitern in Verhandlungen treten, um die Leistungen zu steigern. Dann aber aufpassen bei den Baustoffspekulanten, die sich an der Not des Volkes bereichern. Die Sozialisierung der Baumaterialien müsse die erste Aufgabe des neuen Verbandes für sozialisierte Baubetriebe sein. Mit dem Zement können wir sofort beginnen, er würde sofort um die Hälfte fallen, wenn wir die Produktion regeln. — Folgende Entschliessung zur Sozialisierung des Baugewerbes wie auch der obige Antrag des Vorstandes gelangten zur Annahme:

„Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die der Verbandsvorstand zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes ergriffen hat. Er billigt diese Maßnahmen, bedauert aber, daß Reich, Länder und Gemeinden für die Sozialisierung des Baugewerbes bis jetzt fast nichts getan haben.“

Der Verbandstag begrüßt es, daß die hauptgewerblichen Kopf- und Handarbeiter angesichts der Widerstände der entscheidenden Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden gegen die Sozialisierung zur Selbsthilfe gegriffen und Genossenschaften und andere soziale Bauwerke geschaffen haben.

Der Verbandstag billigt die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe durch die hauptgewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbände und sichert dem zu gründenden Verbande seine moralische und finanzielle Unterstützung zu.

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, seine Bemühungen um die Sozialisierung des Baugewerbes tatkräftig fortzusetzen und dem nächsten Verbandstage über seine Tätigkeit und Erfolge erneut Bericht zu erstatten.

Es erfolgte sodann die Regelung der Gehälter für die Angestellten in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Weise. Sämtliche bisherigen Verhandlungsfunktionäre wurden wiedergewählt.

Arbeiterversicherung.

Gewährung von höheren Zulagen zu Renten aus der Unfallversicherung. Nach einer Verordnung vom 5. Mai 1920 wird nunmehr Verletzte, die eine Unfallrente von 50 vom Hundert oder mehr der Vollrente aus Unfällen beziehen, die sich vor dem 1. Februar 1920 ereignet haben, für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 31. Dezember 1921 eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. Das gleiche gilt für Verletzte, die mehrere Renten von je weniger als 50 vom Hundert der Vollrente beziehen, wenn die Bombenbeträge ihrer Renten zusammen mindestens die Zahl 50 ergeben. Bezieht der Verletzte die Renten von mehreren Versicherungs-trägern, so gewährt jeder dieser Versicherungsträger die Zulage zu der von ihm gewährten Rente. Die Zulage zur Verletztenrente beträgt bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900 90 vom Hundert, bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis einschließlich 1915 70 vom Hundert, bei Unfällen aus den Jahren 1916 bis einschließlich 31. Januar 1920 40 vom Hundert des Monatsbetrages der laufenden Rente. Die auf Grund dieser Bestimmungen zu gewährenden Zulagen treten vom 1. Januar 1920 an an Stelle der bisherigen Zulagen von 20 M. monatlich. Würde jedoch die neue Zulage geringer sein — was wohl fast gar nicht eintritt wird —, so verbleibt es bei dem bisherigen Satz von 20 M. Für Unfälle, die sich nach dem 31. Januar 1920 ereignet haben oder noch ereignen, wird (wohl unter Berücksichtigung des erhöhten Verdienstes) eine Zulage nicht mehr gewährt. Neben den für die Verletzten nun eingeführten höheren Zulagen sollen auch die Witwen (Witwen), Kinder, Verwandte der aufsteigenden Linie sowie elternlose Enkel jetzt eine Zulage erhalten. Diese beträgt bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900 60 vom Hundert, bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis einschließlich 1915 40 vom Hundert, bei Unfällen aus den Jahren 1916 bis einschließlich 1919 20 vom Hundert des Monatsbetrages der laufenden Rente. Bei den Verletzten sowie den Hinterbliebenen, die aus der landwirtschaftlichen sowie der Seefahrtversicherung Rente beziehen, kommen deshalb höhere Prozentsätze für die Zulagen in Betracht, weil hier die Rente nach einem Durchschnittsbetrag bewilligt wird, der in der Regel niedriger als der in Wirklichkeit erzielte Verdienst ist. Ueber die Gewährung der Zulage entscheidet die Berufsgenossenschaft von Amts wegen schriftlich. Entscheidungen über die Verjagung und den Wegfall der Zulage sind zu begründen. Gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaft kann binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch an das Oberversicherungsamt erhoben werden. Diese Verordnung ist sofort mit ihrer Verkündung in Kraft getreten.

Sozialpolitisches.

Mit der Frage der Zwangswirtschaft beschäftigte sich unter andern auch der Zentralverband deutscher Konsumvereine angeglichene Verband nordwestdeutscher Konsumvereine, der 160 Konsumvereine mit 470 000 Mitgliedern umfaßt, auf seinem am 8. und 9. Mai in Hameln abgehaltenen von 350 Delegierten besetzten Verbandstag. Nach einem eingehenden Referat von Heinrich Kaufmann, Hamburg, wurde nach einer mehrstündigen Aussprache die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Der 35. ordentliche Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine kommt bei Würdigung aller Verhältnisse zu der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung der zwangsläufigen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel und lebensnotwendigen Bedarfsartikel heute nicht mehr im Interesse der Verbraucher liegt. Die Zwangswirtschaft kann die von ihr erwarteten Aufgaben nicht erfüllen. Die Produktion wird nicht gefördert, sondern behindert. Eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung wird nicht erreicht. Die Bevölkerung muß sich einen großen Teil der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Schleichhandel verschaffen. Eine Verbilligung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft nicht mehr erreicht. Der ganze bürokratische Apparat belastet im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Unkosten. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung einen sofortigen Abbau der genannten zwangsläufigen Bewirtschaftung. Gerechtigt erscheint ein Uebergangsstadium für Brotgetreide.“

Andere Tagungen der Unterverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben sich mit der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft ebenfalls beschäftigt, wobei sie zu demselben Ergebnis gelangten.

Genossenschaftliches.

Eine Genossenschaftsschule. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtet in Hamburg, am Sitze der Zentrale der Bewegung, eine Genossenschaftsschule. Alljährlich sollen vom 1. Oktober bis 1. April 20 bis 24 Angestellte aus konsumgenossenschaftlichen Betrieben nach Hamburg gezogen werden, um in praktischen und theoretischen Angelegenheiten eine

Durchbildung zu erfahren, die allein alle Schwierigkeiten beim Neubau der deutschen Volkswirtschaft zu überwinden verpricht. In enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Praxis sollen die Schüler die Bewegungsgesetze des wirtschaftlichen Lebens kennen lernen. Die größte deutsche Verbraucherverorganisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, ist sich bewußt, mit der Durchführung seines Schulplans ein ungemein notwendiges Stück Voraussetzung für seine besondere und für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu schaffen. Die kommende Wirtschaftsform, wesentlich anders geartet als die der Vergangenheit, braucht Menschen, die fähig sind, das Werkzeug der Gemeinwirtschaft zu handhaben. Trotz großer Schwierigkeiten, eigentlich gerade wegen dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten soll das Werk erstehen, damit nichts versäumt werde, recht bald den Grundstein für Neues, Besseres zu legen. Die deutschen Konsumvereine werden es sich zur Ehre anrechnen, die Mittel bereitzustellen, um das notwendige Werk zu errichten.

Dom Ausland.

Gewerkschafter und neue Mitglieder. Unter dieser Ueberschrift bringt das „International Moulbers Journal“ nachstehende beachtenswerte Ausführungen, die nicht nur für die Vereinigten Staaten und England zutreffen:

Jeder Teil der menschlichen Tätigkeit ist durch das Ergebnis des Krieges von Grund aus beeinflusst worden. Besonders die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, sich neuen Fragen zuzuwenden, von denen einige nicht schon in einem Tage gelöst werden können. In mehr als einem europäischen Lande vergrößerte sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften während des Krieges und noch mehr nach dem Waffenstillstand. Der Zuwachs der Mitgliedschaft stammte weitläufig von solchen, die vor dem Kriege nicht geneigt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag zu dem allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre satzungsmäßigen Ausgaben bestreiten.

Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Festlande jetzt eine vielmal größere Mitgliedschaft haben als vor dem Kriege und daß diese neuen Mitglieder überzeugt sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften geleitet werden müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschafter waren. Auf der Seite derer, die außerhalb der Gewerkschaften standen, herrscht die Ansicht vor, alles besser zu wissen und den Rat und die Belehrung derer in den Wind zu schlagen, die schon seit Jahren Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben das Bestreben, alle gesammelten Erfahrungen wegzuwischen, die die Gewerkschaften mühsam erworben haben, und die Organisation in Bewegungen zu stützen, von denen erst heute Gewerkschafter wissen, daß sie selbstmörderisch sind.

Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Heere eine zu schnelle Rekrutierung geben kann. Große Zahlen können ebensowohl Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügend disziplinierte Organisation vorhanden ist, um die Massen zu befähigen, unter weiser Leitung zusammenzuwirken.

Der Gewerkschafter wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterschrift auf der Mitgliedskarte. Die Gefahren, die das schnelle Anwachsen der Mitgliedschaft zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten früher so sehr von ungewerkschaftlichem Geiste erfüllt waren, daß sie abgeneigt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Maßregelung auszusetzen, nunmehr jedoch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Verträge mit der Regierung oder mit Behörden ihnen Schutz gegen Schädigungen gewährleisteten im Verein mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen.

Weber in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschafter berechtigen würde, irgendwie von der Handlungsweise abzumelden, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter leichteren und ungefährlicheren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückselige Unternehmungen stürzen.

Literarisches.

Literatur für Auswanderer. Sehr viele Auswanderer kommen erst dann, wenn es zu spät ist, dahinter, welche Rolle Klima und sonstige äußere Lebensumstände des Landes ihrer

Schnucht in gesundheitlicher Hinsicht für sie spielen. Und doch hängt davon allein oftmals schon das Gelingen aller Zukunftspläne ab. Denjenigen, die sich darüber unterrichten wollen, seien 2 Schriften empfohlen: 1. **Gesundheitsvorschriften für Auswanderer und Auslandsdeutsche.** Preis 4 M. 2. **Die Hausapotheke der Auslandsdeutschen nach einem ABC der Krankenpflege.** Preis 1,50 M. Verlag von F. W. Thaden, Hamburg.

Wessen Reiseziel Argentinien ist, sollte das Buch von Paul Friedrich Heinke (Buenos Aires) einsehen: **Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers.** Wer die Schrift zu beziehen wünscht, ersucht Näheres durch das Reichswanderungsamt, Berlin W, Wilhelmstr. 71. Der Verfasser lebt seit Jahren in Argentinien und kennt daher das Land aus eigener Anschauung. Ueber dasselbe Land unterrichtet ferner die folgenden Schriften: **Argentinien in geographischer, geschichtlicher und wirtschaftlicher Beziehung.** Von W. Schmidt-Kuglitz und Dr. C. Grotenhoff. **Argentinien.** Von Dr. B. Stichel. **Die Ausfahrten des deutschen Auswanderers in Argentinien.** Von Dr. R. Martin. Für den Deutschen, der sich im Auslande, oftmals fern von aller menschlichen Kultur, angelehnt hat oder anheben will, sind wichtig: **Medizinische Blätter für Auslandsdeutsche.** Monatschrift für Gesundheitspflege und hygienische Technik. Organ des Verbandes deutscher Kolonial- und Landsärzte. Herausgegeben von Prof. Dr. Alth, 1. Jahrgang, Januar 1920. Nr. 1. Verlag von Fr. W. Thaden, Hamburg.

Der tote Teufel. Roman von Hans Kirchsteiger. Weltformat VIII. 300 Seiten, mehrfarbiger Umschlag, kartoniert. Ungenauer Verlag, Brüder Schickh in Wien X. 15 Kr., gebunden 22 Kr. Der Verfasser des Romans ist besonders durch seinen ersten Roman „Das Reichsiegel“ bekannt. Das vorliegende gut ausgestattete Buch des trefflichen Salzburger Pfarrers war schon im Jahre 1914 im Druck. Als der Krieg ausbrach, mußte aber der Druck eingestellt werden, weil es nicht allein in Oesterreich, sondern auch in Deutschland unsehbar beschlagnahmt worden wäre. Erst mußte die habsburgische Zwangsbürgerschaft fallen, auf das auch in reichlichen Fragen ein reiches, ehrliches Wort in das Volk bringen darf.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Protokoll der Verhandlungen der dritten Konferenz des Krankenpflege, Massage- und Badepersonals Deutschlands in Jena. Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO 16, Müllerhauser Straße 15/16. Preis für Mitglieder 1 M.

Gewisses und Vollbrachtes. Unter diesem Titel veröffentlicht der Vorstand des Dachdeckerverbandes seine Geschäftsberichte für 1918 und 1919. In geschichtlicher und anregender Form wird zu allen Fragen des Verbandes in prägnanter Kürze Stellung genommen. Die Mitglieder erhalten so ein sprechendes Bild von allen Vorgängen innerhalb des Verbandes; und wer nicht ganz von allen guten Geistern verlassen ist, wird hieraus erkennen lernen, welche gewaltige, von außen oft unbeachtete Arbeit von den Funktionären des Verbandes jahraus, jahrein geleistet wird, aus der sich der äußere Aufstieg, die innere Festigung der Organisation und ihre sonstigen Erfolge zusammensetzen. Verlag: Zentralverband der Dachdecker (Th. Thomas), Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 57.

Praktischer Sozialismus. Eine Schriftenreihe, herausgegeben von Karl Rorsch. Als viertes Heft dieser empfehlenswerten Schriften ist soeben erschienen: **Die Sozialisierung des Taylorsystems** von Kurt Lewin. Eine grundsätzliche Unterleuchtung zur Arbeits- und Berufspsychologie, die von jedem gelesen werden sollte, der für die beruflich- und arbeitstechnischen Probleme der sozialen Neuordnung Interesse hat. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis 1,50 M.

Sterbetafel.

Berlin. Am 6. Mai starb der Kollege Paul Minkewitz, geboren 26. Oktober 1878 in Berlin.

Darmstadt. Am 17. Mai starb nach langer, schwerer Krankheit der Kollege Peter Aßmuth im Alter von 52 Jahren.

Gotha. Am 18. März starb der Kollege Heinz Niemeier im Alter von 29 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 30. Mai bis 5. Juni 1920 ist die 22. Beitragswoche.

Nr. 20 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

In der Filiale Berlin ist die Stelle eines weiteren **Secretärs,**

der vorwiegend Agitation, Verhandlungen und Korrespondenz zu führen hat, zu besetzen. Anstellungsbedingungen: 5 Jahre gewerkschaftliche und politische Mitgliedschaft. Bewerbungskarten mit Aufsatz über vorgenannte Tätigkeit sind bis 17. Juni zu richten an die Ortsverwaltung Berlin, Berlin SO, Reichsorftr. 28.

Wernis,
Lade, Leim, Schellack laßt jeden
Wochen
Handlung chemischer Produkte,
Berlin O 24,
Wilhelm-Stolte-Straße 88,
Königsplatz 7517.

Wilhelm Walter
Dele, Lacke, Leime
Billigste Bezugsquelle für
Maler und Lackierer.
Hamburg, Bartelsstraße 72.
Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

**Streichbürsten
Pinjel aller Art**
in Friedensqualität
zu billigen Preisen liefert
H. W. Witte, Berlin S 59,
Friedrichstr. 2.

Verbandsmitglieder! Schließen
nur Versicherungen ab bei der
Volksfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftl.
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter oder ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Wuchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie auch zur Herstellung von Plafatmalereien aller Art senden läßt. Mit Hilfe meiner Wuchstabenpausen kann jedermann sofort die feinsten Glas- und Plafatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Bornehmes sind. Ganze Serie Wuchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelspaltabebeln (jedes Alpbabel 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1 1/2 bis 5 mm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Kristallstift im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 18 M. Prantanzahlung. Albin Hutmacher, Maler, Bilden i. Rheinland. **Gewächter Herr Hutmacher!** Es ist mirlich eine Freude, mit Ihren Wuchstabenpausen zu arbeiten. Dann seitdem ich mit Ihren Pausen arbeite, merke ich von jedermann gelobt über die Sauberkeit meiner Schilder, und was die Aluminium-Brillantschilder anbetrifft, muß ich Ihnen offen gestehen, daß dieselben, was vornehmliche Wirkung anbelangt, einfach großartig sind. Ich habe einige Probeschilder angefertigt und habe binnen einer Woche circa 20 Türschilder im Auftrag. Ich verspreche mir viel von diesen Schildern; denn man kann, was ja die Hauptsache ist, schönes Geld daran verdienen. Ich werde gern Ihre wertigen Artikel meinen Berufscollegen weiter empfehlen und zeichne hochachtungsvoll!
G. Geske, Maler, Paalstraße.